

# Schwarzwälder Tageszeitung

Segründet  
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher  
Nr. 11

Antisblatt für den Bezirk Nagold und für Ultenberg-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: Im Monat RM. 1.20, vierteljährlich RM. 3.60, halbjährlich RM. 6.60, jährlich RM. 12.00. Fernsprechnummer: 11. Die Anzeigenpreise: Die einseitige Zeile über dem Namen Grundzahl RM. 45, Grundzahl einer Reklamzeile RM. 150. Diese Grundzahlen sind mit der Schlüsselzahl 100 Millionen zu multiplizieren. Bei Abrechnung Rabatt.

Nr. 280.

Ultenberg, Dienstag den 6. November.

Jahrgang 1923

## Anruf der Reichsregierung.

An das deutsche Volk!

In schwerster Lage drohen dem Reiche innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch zahlenmäßig nicht große Kreise versuchen, gestützt auf die Notlage unseres Volkes, einen ungesetzlichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben, vielleicht sogar die Brandfackel des Kampfes Deutsches gegen Deutsche in das deutsche Haus zu werfen.

Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit aller Kraft entgegenzutreten. Sie wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen. Wenn wir über die Zeit des Überganges zu der neuen reichsständigen Währung, wenn wir über die Zeit schwerer Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwieriger Wirtschaftsverhältnisse und eines unerhörten außenpolitischen Druckes hinwegkommen wollen, dann ist Voraussetzung dafür die Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern. Jede Erschütterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und führenden Persönlichkeiten, die Deutschland unentzerrliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volk verzweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig zerfleischt.

Bedenkt auch, wie eine Zerstückelung im Innern auf unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr wirken müßte, die in schwerstem Kampfe gegen bezahlte und bewaffnete separatistische Horden ihr Deutschland verteidigen. Sie haben das Recht, zu erwarten, daß das ganze Volk den Kampf mitführt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen ohne ein Ziel, das irgend eine Aussicht auf Besserung gibt.

Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch etwas zu erreichen, in dem Augenblick entgültig verschwunden ist, in dem anstelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgend eine ungesetzliche Macht Deutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird.

Die deutsche Regierung besitzt die Machtmittel um jedem Versuch mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eid ihre Pflicht tun.

Die Reichsregierung vertritt fest darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und gegen ihren Willen aufgezwungen werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für die Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird.

Berlin, den 5. November 1923.

Der Reichspräsident (323) Ebert.

Die Reichsregierung (324) Dr. Stresemann.

## Währung und Wirtschaft.

Eine Zeitlang hat die Regierung versucht, mit einem Zwangskurs auf dem Devisenmarkt der Berliner Börse zu operieren. Zwangsmaßnahmen, die entgegen dem natürlichen Ablauf der Dinge ergriffen werden, können nur von ganz kurzer Dauer sein, wenn sie heilende Wirkung haben sollen. Es war deshalb voranzusehen, daß das ganze Kursgebäude, das die Regierung aufgerichtet hatte, eines Tages zusammenstürzen mußte. Es konnte sich selbst nicht mehr auf dem beschränkten Raum halten, wo die Regierung die Gewalt in der Hand zu haben glaubte: im Devisenzimmer der Berliner Börse. Die Wirtschaft war in ihren Kalkulationen, deren Ausdruck die Preise sind, schon längst über den Berliner Zwangskurs zur Tagesordnung übergegangen; die Preise entsprachen einem Dollarstand von ungefähr 200 Milliarden, als die Berliner Notierung 65 Milliarden lautete. Die Regierung legte ungeachtet dieser Warnung ihre Zwangskurspolitik mit Hilfe von immer größer werdenden Repartierungen durch, bis eines Tages die Kluten über die Dämme hinwegbrachen. Andererseits entsprach der New Yorker Markkurs auch nicht dem wirklichen Wert der Mark; denn die Mark wird in New York überhaupt nicht mehr gehandelt, es handelt sich dort nur um geiprochene Kurse.

Bei den Preisprüngen der Papiermark in die Tiefe wurde den Festbesoldeten und darüber hinaus der gesamten deutschen Bevölkerung eine Inflationsteuer aufgehehrt, die weit über das hinausging, was wir in früheren Zeiten an Inflationssteuer zu tragen hatten.

Hätte man in dieser Zeit schon über ein wertbeständiges Zahlungsmittel in einigermaßen ausreichender Menge verfügt, so wäre der soziale Schaden nicht so groß gewesen, wie er nunmehr eingetreten ist. Die Reichsregierung hat auch selbst eingesehen, daß man mit einem wertbeständigen Zahlungsmittel den Lauf der Dinge noch etwas hätte aufhalten können, aber sie ging so ungeschickt wie nur möglich vor. Ein Wertpapier, die Goldanleihe, die nur für die Börsenbesucher erreichbar war, wurde verkauft, die Gegenleistung für die Käufer in Papiermark erst in einer späteren Zukunft gefordert. Es ergaben sich für die zufälligen Käufer daraus Gewinne, und zwar im Gegenzug zu den bisherigen Papiermarkkrediten, Goldmarkgewinne. Der „Verkauf über den Ladentisch“, der von der Regierung angekündigt war, ist bis heute nicht erfolgt; nicht einmal die Goldanleihezeichner, die die Anleihe gezeichnet haben, kurz nach der Auslegung, sind im Besitz ihrer Stücke. Nunmehr hat die Regierung für die Goldanleihe genau wie für die Devisen einen Zwangskurs eingeführt. Sie wird damit dieselben Erfahrungen machen, wie sie sie bisher mit den Devisen gemacht hat. Gleichzeitig beabsichtigt die Regierung, Papiermark und Goldanleihe zu Goldmark in eine feste Beziehung zu einander zu setzen, offenbar, um das weitere Abwärtsgehen der Papiermark zu verhindern. Die Wertbeständigkeit von Papiermark und Goldanleihe ist damit dann vernichtet. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, liegen auf der Hand. Im Devisenverkehr selbst hat die Regierung im Inland einige Erschütterungen verursacht, die Annahme ausländischer Zahlungsmittel im Warenverkehr ist bis zum 30. November angehalten. Die logische Folge dieser Maßnahmen ist aber, daß die Regierung Mittel in der Hand hat, um die Ablehnung der Papiermark im Verkehr zu unterbinden. Wir fürchten, daß sie diese Mittel nicht hat. Nachdem der Großhandelsverkehr schon allgemein zur Goldmarkkalkulation und Preisstellung in Goldmark übergegangen ist, hat die Regierung dem Einzelhandel dasselbe erlaubt.

So versucht man im Schweiße seines Angesichts das wirtschafts- und währungspolitische Problem von der Geldseite her zu meistern, obwohl man mit derartigen Versuchen bisher immer Fiasko erlitten hat. Solange der Staat kraft seiner Autorität Zahlungsmittel herstellen und in den Verkehr geben kann, die aus dem Nichts geschaffen sind, hinter denen keine Warenproduktion und keine Dienstleistung steht, solange wir also eine Inflation an Zahlungsmitteln haben, bleibt jeder Versuch, von der währungspolitischen Seite her die Dinge zu meistern, ein Fehlschlag.

Der Zusammenhang zwischen Währung und Wirtschaft muß besser als bisher beachtet werden. Es dürfen keine Geldzeichen in den Verkehr gegeben werden, ohne daß gleichzeitig eine Vermehrung der Warenproduktion stattgefunden hat, abgesehen von einer vorübergehenden Verdrängung des Geldmarktes um die Zahlungstermine herum (Monatsanfang und Vierteljahresanfang). Geldmenge und Zahlungsmittelmenge, worunter auch das Girogeld zu verstehen ist, müssen in einen organischen Zusammenhang gebracht werden. Stellt man diese Forderung auf, so ergibt sich die Alternative, daß entweder die Lebenshaltung des deutschen Volkes gedrückt werden muß, was aber kaum noch möglich ist; oder aber die Gütermenge muß vermehrt werden, wozu eine längere Anlaufzeit notwendig ist. Und hier greift die Problemstellung Währung und Wirtschaft auf das außenpolitische Gebiet über. Sie zwingt dazu, daß wir für einen längeren Zeitraum ein Moratorium seitens unserer Reparationsgläubiger erhalten müssen; wahrscheinlich sogar ist, daß auch diese Moratorium nicht ausreichen wird, sondern daß eine Auslandsanleihe uns helfen muß. Die Verhältnisse in Deutschland sind an einem Punkt angekommen, wo wir uns durch eigene Hilfe nicht mehr sanieren können.

## Der Stand der Regierungskrise.

Berlin, 5. Nov. Das Reichskabinett hat die Lage zunächst formal dahin angesehen, daß es sich bei dem Austritt der sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett nicht um einen Grund zum Rücktritt des Gesamtkabinetts, sondern nur um einen Grund zur Ergänzung des Kabinetts handeln kann. Nach dem Austritt der sozialdemokratischen Minister bleibt also das Kabinett Stresemann im Amt, natürlich nicht mehr als das Kabinett der großen Koalition, sondern

zunächst als Minderheitskabinett der bürgerlichen Koalitionsgemeinschaft. Es hieß, Stresemann wolle die Ergänzungen des Kabinetts auf den freigeordneten Posten des Innenministers und des Justizministers durch bekannte Persönlichkeiten, die nicht parteimäßig gebunden sind, vornehmen, während das Wiederaufbauminiisterium aufgelassen werden soll. Es fragt sich jetzt nur, ob die beteiligten Parteien der bürgerlichen Koalition sich durch den Austritt der sozialdemokratischen Minister geschaffene Zusammenfassung des Kabinetts als Dauerzustand mitmachen wollen. Sowohl bei den Demokraten wie beim Zentrum waren die Meinungen darüber geteilt, und am Samstag glaubte man, daß vor Montag eine Entscheidung schon deshalb unumgänglich sei, weil das Zentrum seine entscheidende Sitzung erst am Sonntag abhält. Inzwischen ist aber ein neues Kommt gekommen. Um die Mittagsstunde des Samstags ging im Reichstag das Gerücht, daß in der Reichsregierung ein Ultimatum entweder der „Baterländischen Verbände“ oder „Allerlei Kampferverbände“ eingegangen sei, des Inhalts, daß binnen 24 Stunden in Berlin auf legalem Wege eine Rechtsbikatur eingerichtet werden solle, widrigenfalls die genannten Verbände für nichts gut stehen könnten. Es wurde dann dementiert, daß ein derartiges Ultimatum von Bayern gestellt worden sei; und in der Tat war auch die Meldung des „Vorwärts“ über diese Dinge insofern falsch, als darin von einem Sturz der Regierung Knilling und von Herrn von Raß als dem Autor des Ultimatus die Rede war. Das Ultimatum, dessen Andeutungen im Reichstag lebhaft erörtert wurde, ist zunächst ein plumper Schwindel, der nur bei politisch Nervösen wirken kann.

Zu der dem Reichstangler nahestehenden „Zeit“ heißt es: Die Posten der ausgeschiedenen sozialdemokratischen Minister werden mit Ministern besetzt werden, die, ohne parteipolitisch abgehängt worden zu sein, in den Vertrauens des Volkes festes Vertrauen genießen. Wie der Reichstag sich zu dieser Kabinettsveränderung stellt, wird abzuwarten sein. Am Mittwoch soll die Ansprache beginnen. Bringt der Reichstag eine sichere Mehrheit nicht auf, so wird der Regierung kein anderer Weg bleiben, als das Parlament aufzulösen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hielt eine fünfständige Sitzung ab. Das Zentrum ist, wie es heißt, sich mit den Demokraten einig in der Ablehnung jeder Erweiterung der Regierung Stresemann durch Einbeziehung der Deutschnationalen.

## Neues vom Tage.

### Notenpresse und Rentenmark.

Berlin, 5. Nov. Entgegen anders lautenden Mitteilungen wird aus Berlin berichtet, daß der Zeitpunkt für die Stilllegung der Notenpresse noch nicht endgültig festgesetzt sei. Entsprechend dem Gesetz für die Rentenbank wird die Notenpresse dann zu arbeiten aufhören, wenn die ersten Rentenmarkbeträge ausgegeben werden. An welchem Tage dies geschehen wird, steht noch nicht fest. Man hofft bis zum 10. November soweit zu sein.

### Kampfanzeige der Deutschnationalen.

Berlin, 5. Nov. Die Parteileitung der Deutschnationalen erläßt folgende Kundgebung: „Die Deutsch-nationale Volkspartei kann in dem Plan, das neue Reichskabinett etwa auf eine Minderheit, die sogenannte kleine Koalition, stützen zu wollen, eine der Größe der Aufgaben entsprechende Lösung in keiner Weise erblicken. Sie wird ihm vielmehr einhelligen und entschloffenen Widerstand entgegensehen, weil von seiner Durchföhrung nur Unheil für das deutsche Volk zu erwarten wäre. Dieser Tatsache werden alle diejenigen Stellen Rechnung tragen müssen, die für die Lösung der heutigen Krise und für die Weiterarbeit auf eine direkte oder indirekte Mitwirkung der Deutschnationalen hoffen.“

### Keine Sachlieferungen Deutschlands an den Feindbund.

Berlin, 5. Nov. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat am Lual d'Orsay eine Note überreicht, in der die deutsche Regierung erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, ihre Aufwendungen für die Fortführung der Sachlieferungen zu machen und infolgedessen gezwungen sei, die Lieferungen an die Gesamtheit der reparationsberechtigten Staaten (außer



Frankreich und Belgien aus England und Italien sowie die kleine Gattung) einzustellen. Diese Note, die u. a. auch diejenigen Forderungen behandelt, die zu Beginn des Jahres in der Durchführung begriffen waren und durch die Befehung der Ruhr unterbrochen worden sind, ist auch in allen übrigen alliierten Hauptstädten überreicht worden. Eine Antwort von Seiten Frankreichs ist bisher nicht erfolgt.

#### Bayerische Abwehr.

München, 5. Nov. Die Sensationsmeldungen von Berliner Blättern, daß von Bayern aus, sei es vom Generalkonsul Kommissar, sei es von den Nationalsozialisten oder den Vaterländischen Verbänden, an die Reichsregierung ein Ultimatum gerichtet worden sei, wird von zuständiger Seite als in jeder Beziehung erfunden bezeichnet. Die Münchener „Welt am Montag“, die die Nachricht als Warnungsmittel gekennzeichnet hatte, ist beschlagnahmt worden.

#### Zwei Reden Poincarés.

Paris, 5. Nov. Poincaré hielt am Sonntag wieder zwei Reden. Bei der Einweihung des Kriegerdenkmals in Brive behauptete er nach der gewohnten Polemik gegen die radikalisierte Majorität Deutschlands, Frankreich habe bisher erst 244 Millionen Goldmark erhalten. In dem Plan des Sachverständigenausschusses zur Abschaffung der deutschen Zahlungsfähigkeit betonte er, daß Frankreich seinen Verbündeten seine Freundschaft habe bekräftigen wollen, als es diese Perspektive im Prinzip zugelassen habe. Die Schlüsselwörter Poincarés galten der Sicherheitsfrage. Bisher sei nichts an die Stelle der in Versailles versprochenen Sicherheitspakete getreten. In welcher politischen Organisation künftig auch das deutsche Volk gelangen möge, Frankreich werde darüber wachen, daß neue Angriffe für immer unmöglich gemacht würden. Frankreich habe niemals versprochen, die deutsche Befreiung oder auch nur die Reichseinheit gegen die Deutschen selbst in Schach zu nehmen. Die Initiative der deutschen Länder überhebe die Alliierten der Verpflichtung, untereinander die Bestimmungen des Friedensvertrages innezuhalten.

Die zweite, in Tulle gehaltene Rede hatte hauptsächlich innerpolitischen Charakter. Poincaré versprach im gegebenen Zeitpunkt der Forderung eines großen Zukunftsprogramms für die kommenden Wahlen nachzukommen, aber (augenblicklich) sei die Wahlkampagne noch nicht eröffnet. Frankreich habe täglich doppelte Mühe, sich so freundschaftlich wie möglich mit seinen Verbündeten zu verständigen um seine ehemaligen Gelüste zur Kapitulation zu bringen.

#### Gegen die Forderung.

Berlin, 5. Nov. Zur Forderung der größten Not auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung stellte die Reichsregierung für die Milchverbilligung den Ländern erhebliche Beträge zur Verfügung und überwies dem Zentralausschuß für Auslandshilfe die Mittel, um die Fortführung und Verflärkung der mit Hilfe des Auslandes durchgeführten Kinderreisen zu sichern. Um aber auch weiteren Kreisen der unter den Verhältnissen früher leidenden Bevölkerung Erleichterungen zu schaffen, wird die Reichsregierung in einigen besonders dringenden Fällen eine Kreditlinie in die Wege leiten, damit die vorhandenen Lebensmittel leichter und möglichst billig in den Verkehr gebracht werden können. Auch auf den übrigen Wirtschaftsbereichen nahm die Reichsregierung nachdrücklichsten Einfluß auf die Preispolitik. So wurden in Goldmark gerechnet — die Preise bei der Kohle um 35 v. H., bei Bauhölzern um 20—30 v. H., bei Hufeisen um 25 v. H. und bei gewissen Zweigen der eisenerarbeitenden Industrie um 20 v. H. gesenkt. Die Auswirkungen dieser Preisfestsetzungen auf andere Wirtschaftsbereiche können sich naturgemäß nur allmählich

durchsetzen. Der Zwang für die Beschäftigtenverwaltung, im Interesse der Entlastung der Reichsfinanzen und der Eindämmung der Inflation ihre Tarife dem Geldwert anzupassen, muß den Preissteigerungen bis zu einem gewissen Grade entgegenwirken. Es ist aber zu hoffen, daß die Verbilligung der Rohstoffkosten der weiterverarbeitenden Industrie in kürzester Zeit wieder größere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch wieder einen erhöhten Beschäftigungsgrad sichern wird.

#### Der Gifters der Rheinländer.

Köln, 5. Nov. In größter Not ruft das deutsche Volk an Rhein und Ruhr das Gewissen der Welt an. Landfremde Aufrührer, die nach Soldnerart gegen Geld ihr Handwerk ausüben und ungehindert schauer bewaffnet im Land umherziehen dürfen und auf Regiergängen befördert werden, wollen in fremdem Auftrag das urdeutsche Rheinland von dem deutschen Vaterland losreißen. Sie üben Gewalt, Terror, Mord und Plünderung aus unter dem Schutz französischer und belgischer Bajonette. Dies ist genügend durch die Berichte der amerikanischen und englischen Journalisten als Augenzeugen bestätigt worden und daraus ergibt sich auch, daß in der von den Briten befestigten Zone nichts von dieser feindlichen Bewegung zu bemerken ist. Alle echten Rheinländer ohne Unterschied lebten diesen völkerverfeindlichen, separatistischen Ueberfällen mit Entschiedenheit und Absehen ab. Er ist keine Volkswegung; er ist ein roher Eingriff in das Recht und die Freiheit der deutschen Rheinländer. Die Signatarnächte des Vertrags von Versailles haben die Grenzen des Deutschen Reiches und das Recht der Bevölkerung am Rhein mit ihrer Unterschrift garantiert. Daher rufen wir die Regierungen und die Volksvertretungen dieser Mächte an, sowie alle gerecht denkenden Menschen der ganzen Welt angesichts des drohenden Zusammenbruchs um schnelle Hilfe. Es geht um das Leben von Millionen von Menschen am Rhein, die seit Jahren unerbittliches Leid für ihr Vaterland erdulden. Es geht um das Geschick und den Frieden Europas, über den jetzt auf lange Zeit entschieden wird.

Die deutsche Bevölkerung an Rhein und Ruhr.

#### Die süddeutschen Deutschnationalen.

Stuttgart, 5. Nov. Die Arbeitsgemeinschaft süddeutscher deutschnationaler Abgeordneter von Bayern, Baden und Württemberg beschloß, Bayern in seinem Vorgehen gegen marxistische Einflüsse in der Reichsregierung zu unterstützen.

#### Wutpläne und Putschgerüchte?

Berlin, 5. Nov. Die „B. Z.“ gibt unter Berufung auf das Reichswehrministerium folgende Schilderung der Lage an der bayer. Grenze: An der bayerisch-thüringischen Grenze steht diesseits die thüringische Landespolizei, bestehend aus einem Kern von etwa drei Hundertschaften, also 4—500 Mann, während auf der bayerischen Seite die bayerische Landespolizei in etwa größerer Zahl, ungefähr 5 Hundertschaften mit 7—800 Mann, platziert ist, die beiderseits ohne aggressive Absichten die Grenze gegen den befürchteten Vormarsch bewaffneter Haufen sichern. Im Rücken der bayerischen Landespolizei stehen die Ehrhardt-Verbände, die nach der höchsten dem Reichswehrministerium ausgegangenen Schätzung 1000 Mann stark seien. Diese irregulären Verbände suchen sich durch das Werben von Anhängern zu vergrößern. Es fehle ihnen aber bereits heute schon an Geld und Lebensmitteln für die vorhandene Mannschaft. Die bayerische Regierung rechne vor allem wegen des Geldmangels auf den Abbau dieser Ansammlungen innerhalb weniger Tage und scheinbar die Landespolizei dahin instruiert zu haben, daß sie einen Grenzübertritt der Ehrhardtleute verhindern.

aufföhrlich stürzen Sparren, Scherer und halbwertige Balken herab, aber welchen zischend die von außen hereinfallenden Wasserstrahlen verdampfen.

Hansens erster Gedanke ist: „Unmöglich, sich da noch näher hinzuwagen!“

Dann denkt er an die Stasi.

„Bewa!“ schreit er laut. Keine Antwort. Aber es kommt ihm vor, als ob oben, just da, wo die Kammertür sein muß, etwas Dunkles am Boden läge. Und obwohl schier blind vor beizendem Rauch und atemlos vor sengender Hitze, springt er die Stufen empor.

Sehen kann er nichts. Der Rauch drückt ihm die Augen zu. Aber seine tastenden Hände greifen einen Körper, er reißt ihn an sich und springt zurück.

Wieder am dunklen Pflasterboden, durch die Eisentür von dem brodelnden Höllekkessel des Anbaues getrennt, atmet er tief auf.

Was er im Arm hält — er braucht es nicht zu sehen, er fühlt es — ist der kleine, verhupeelte Körper der alten Bwa.

„Kosel!“ schreit er jubelnd hinab, „ich bring sie!“ Unten erfaßt sie beider neuer Schreck.

Die Kleider der Alten sind verfeuert, sie selber räht sich nicht.

Ist sie tot? Ersticht?

Sie legen sie auf den Boden und Kosel neßt der Alten den Kopf mit kaltem Wasser. Da schlägt das Weiblein die verbläuten Augen blinzeln auf und guckt ängstlich von einem zum andern.

„Meich darauf kriecht sie entsetzt: „Tut mich weg, tut mich weg von da! Ich mag's nimmer sehn, das schreckbare Feuer...“ sie springt auf und verbirgt ihr Gesicht an Kosels Brust.

„Lauf zum Vater, Hans, und sag ihm, daß ich mit der Tante zum Nachbar Kinnhofer gehe, sie darf das Feuer jetzt nimmer sehn,“ sagt Kosel hastig. Und mit ihren starken jungen Armen faßt sie die alte Frau unter den Schultern und führt sie, ihr begütigend zusprechend, hinaus.

#### Landesverbandler-Anschlag auf die Pfalz.

Kaiserslautern, 5. Nov. Sonntag nacht kamen in größerer Anzahl Separatisten von auswärts hier an. Am Montag morgen gegen 7 Uhr erfolgte ein Angriff auf das Stadthaus. Die Separatisten wollten den Hauptstöß mit aller Wucht gegen Kaiserslautern führen, um von hier aus die ganze Pfalz zu erobern. Kurze Zeit klangen noch die Sturmglocken. Die Abwehr wird sehr schwer fallen, da die Befehlshaber sämtliche Abwehrposten in den letzten Tagen besetzt haben.

Um 7.15 Uhr vormittags wurde der erste Angriff abgeschlagen. Das Bezirksamt befindet sich in Händen der Separatisten. Desgleichen wurde das Gebäude der „Pfälzischen Presse“ von den Separatisten besetzt. Französische Militär durchzieht die Straßen und säubert sie.

In Speyer wurde Sonntag morgen von einer Abteilung der Besatzungstruppen das Regierungsgebäude abgesperrt und einer Durchsuchung unterzogen. Das Gleiche geschah im Postamt. Hier wurden 80 Briefkasten, die zum Schutz des Postamts aufgestellt waren, abgeführt. Ferner verlangte die Besatzungsbehörde, daß die an den Eingängen zum Regierungsgebäude und zum Stadthaus vor einiger Zeit zum Schutz gegen separatistische Ueberfälle errichteten Drahtverbände sofort wieder besetzt werden, was denn auch geschah. Gegen 8 Uhr vormittags zog die französische Abteilung wieder ab.

## Aus Stadt und Land.

Altensteig, 6. November 1931.

**Militärrenten.** Die Militärrentenempfänger erhalten am 7. November nochmals den am 1. November ausbezahlten Betrag als Nachzahlung.

**Vorträge über Fragen des Volkslebens.** Der Gau Volksbund Altensteig veranstaltet auch heuer wieder eine Vortragsreihe im Gemeindehaus, zu welcher sich erfreulicherweise wieder Redner aus unserer Umgebung und von hier zur Verfügung gestellt haben. Im dicht besetzten Brongiersaal sprach Sonntag Abend als erster Redner Pfarrer Schmid-Simmertfeld über das zeitgemäße Thema: „Kann unser Volk noch geholfen werden?“ Seine tiefsten Ausführungen, in welchen er die Noth unserer Zeit beleuchtete und hervorhob, daß unser wehrloses Volk von außen keine Hilfe zu erwarten habe, gipfelte in der Hoffnung, daß unserem Volk doch noch geholfen werden könne, aber nur dann, wenn es in sich gehe und Jeder sich seiner Verantwortung bewußt werde, Gott und seinen Nebenmenschen gegenüber. — Am Schluß machte der Vorsitzende noch auf die Nothilfe des Gau Volksbundes hier aufmerksam, gleichzeitig um Unterstützung derselben bittend. Der nächste Vortrag ist kommenden Donnerstag und zwar wird Pfarrer Weil-Waldsdorf über das Thema „Unser Sonntag“ sprechen.

**Wertbeständige Rechnungsweise im Handwerk.** Von der Handwerkskammer Rechnungen ist hierzu folgendes mitgeteilt worden: Durch die sich überfärgende Geldentwertung sind die Handwerker genötigt, eine Berechnungsweise einzuführen, um sich vor völligem Vermögensverlust zu schützen. Die Besorger des Handwerks rechnen in der Hauptsache nach Goldmark und es muß deshalb durch das Handwerk für die zur Verarbeitung kommenden Rohstoffe und Halbfabrikate ebenfalls Goldmark in Rechnung gestellt werden. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird weiter darauf hingewiesen, daß die Papiermarkkalkulation nach wie vor in die Berechnung aufgenommen werden, nur mit dem Unterschied, daß die Papiermarkbeträge in Goldmark umgerechnet werden, damit bei der Verzöge-

Hans will sich eben nach dem Hof zu wenden, da hört er vom Waldweg das Hornsignal der Stiffsfeuerwehre, welche eben angefahren kommt. Unwillkürlich bleibt er einen Moment stehen.

Im selben Augenblick, just an der Hausecke, packen ihn aber auch zwei derbe Häufte und des Groß-Reichers Stimme schreit ihm zu: „Du verflöchter Brandstifter, jetzt weiß ich, wer mir den roten Hahn aufs Dach gesetzt hat!“

„Groß-Reicher! Jesus, Groß-Reicher — wirst doch nit denken...“

Schreck, Jort und Scham lassen Hans das Wort im Munde erstarben. Zeichenblaf starrt er den Bauer an. So was kann ihm der zutrauen?

Der Groß-Reicher schüttelt ihn wild hin und her. Das Schweigen, die Verwirrtheit des Burschen verstärken nur seinen Verdacht. Seit langem nennt er heimlich den Gregor nicht anders als „Röder“. — Warum sollte der andere nicht aus verärgelter Liebe zum Brandstifter geworden sein?

Sie haben beide nicht darauf geachtet, daß die Feuerwehre inzwischen rasselnd in den Hof gefahren ist und dort bereits in Aktion tritt.

Sie sehen auch den Vater Hofmeister nicht, der jetzt auf sie zukommt, und erst als er dicht neben ihnen lebend bestürzt ausruft: „Groß-Reicher, was um Gotteswillen tut Ihr denn da mit dem Burschen?“ fallen des Bauers Hände zitternd vor Erregung schlaff herab.

„Ich... ich... das Hans hat er mir angezündet, weiß ich ihm die Dira verwehrt hat!“ stammelt er atemlos und plötzlich auf Hans einfallend: „Sag, daß es nit wahr ist, wenn du kannst! Wie kommst denn herauf auf'n Tullmerjattel? Was kannst denn anders da wollek haben, wo doch keins mehr was wissen will von dir?“

Hans starrt mit ferrem Blick von einem zum andern und schweigt.

Der Vater Hofmeister schüttelt den Kopf.

„Das kann ich von dir nicht glauben, Hans. Aber rede doch, sag, was dich herauf geföhrt hat?“

#### Leserbriefe.

„Kopf ohne Herz, Herz ohne Kopf,  
Verhängnisvolle Gaben.  
Des Menschen Dirl ist Kopf und Herz  
Am rechten Fleck zu haben.“

Alteit.

## Das lockende Licht.

Roman von Erich Ebenstein.

(17) (Rauchdunst verboten.)

„Unser Herrgott wird mich nit verlassen, Kosel. Geht's gut, so bringt euch ein Verhängnis her ein Leben für das, was ein anderer euch genommen hat! Geht's schlecht, dann halt mich in gutem Angedenken, meine liebe Dira.“

Sie hört die Worte nur mehr aus der Ferne. Kraftlos sinkt sie in die Arme und stammelt unbewußt heiße Gebete aus der tiefen Not ihres angstvollen Herzens.

Hans tappt den dunklen Pflasterboden entlang. Durch die Lücken fällt von rückwärts ein rötlicher Schein. Hinter der gemauerten Wand, in der sich die Verbindungstür zum Stöck befindet, prasselt und knistert es unheimlich.

Lang ist er den Weg nimmer gegangen, aber er kennt ihn gut von seiner Knabenzeit her, in welcher er so oft mit Kosel zur Nacht geschlichen ist um Weatäpfel, oder an Sonntagnachmittagen, damit sie ihnen Märlein erzähle vom Ferkelchlein, dem wilden Gejaibe oder der heiligen Effabeth.

Jetzt hat er die eiserne Tür erreicht. Sie fühlt sich warm an. Er tastet nach dem Schlüssel und öffnet. Heiße Luft strömt ihm entgegen und qualmende Rauchwolken. An den vier Stufen, die zum Gang hinaufführen und welchen gegenüber sich die Kammertür der Tante befindet, lecken die Flammen hin.

Rechts, wo die Kachelkammern liegen, breitet sich ein rotes Wutmeer aus. Dachbalken hängen herunter, un-

zung von Zahlungen usw. die Geldwertung nicht zu Lasten des Handwerks geht, wie das in letzter Zeit sehr oft der Fall war. Es werden also nicht die Friedersgoldlöhne, sondern tatsächlich Papiermarklöhne wirtschäftlich umgewandelt, in Rechnung gestellt. Das Handwerk ist genötigt, angesichts des katastrophalen Währungsverfalls, sich vor weiteren Vermögensverlusten zu schützen. Dem Publikum wird wohl diese Maßnahme ohne weiteres verstanden werden, nachdem heute schon viele Handwerker um ihre Vermögen gekommen sind.

**Neue Erhöhung der Fernsprech- und Telegrammgebühren.** Der 5. November hat auch eine fünfjährige Steigerung der Fernsprech- und Telegramm-Grundgebühren gebracht. Nach einem amtlichen Telegramm vom 3. Nov. muß bei der Berechnung der Fernsprechgebühren statt der bisherigen Zahl 15 eine Grundzahl von 75 Milliarden, bei den Telegrammgebühren müssen 6 Milliarden und eine Grundgebühr von 12 Milliarden (wie im Fernverkehr) festgesetzt werden. Es kostet also ab 5. November ein Ortsgespräch 7 1/2 Milliarden (= Ma), ein Gespräch bis auf 5 Kilometer ebenso 7 1/2 Ma, in Entfernungszone II (bis 15 Kilometer) 15 Ma, in Zone III (bis 25 Kilometer) 22 1/2 Ma, Zone IV (bis 50 Kilometer) 45 Ma, Zone V (bis 100 Kilometer) 67 1/2 Ma, Zone VI (mehr als 100 bis 200 Kilometer) 90 Ma, usw. Im Fernverkehr wird für das Wort 6 Ma, im nächsten 12 Ma Grundgebühr berechnet; ein Ferntelegramm mit fünf Worten kostet demnach 5mal 6 gleich 30 und 12 gleich 42 Milliarden Ma; ein Ferntelegramm mit 10 Worten 10mal 6 gleich 60 und 12 gleich 72 Milliarden Ma. Im Ortsfernverkehr werden die halben Gebühren erhoben.

**Vorauszahlungen von Steuern im November.** Diese sind nach einer Notverordnung des württ. Staatsministeriums aus folgenden Katastern zu berechnen: Grundsteuer ist mit dem 1. Oktober 1923 und das Gebäudekataster mit dem 7. Millionenfachen des Friedenskatasters, das Gewerbesteuerkataster mit dem 750 Millionenfachen des Gewerbesteuerkatasters vom Rechnungsjahr 1922 zugrunde zu legen. Die Kataster sind somit aus dem rund 350-375fachen der Kataster vom Monat Oktober zu berechnen; die November-Vorauszahlung betragen also bei 5 v. H. Staatssteuer und 25 v. H. Gemeindeumlage 25 v. H. der Novemberkataster, geteilt durch 12; sie dürfen nach der Verordnung noch bis 12. November einschließlich ohne Aufwertung gezahlt werden. Gleichzeitig sind die Steuerbefreiungen für Wandergewerbetreibende, die ihren Betrieb nach dem 31. Oktober 1923 begannen, auf das 600 Millionenfache der in Art. 9 Abs. 1 des Gesetzes vom 16. August 1923 genannten Sätze erhöht worden.

**Beamtenbezüge.** Die Mehrzahl für die Bezüge der Beamten usw. ist für das 1. Novemberviertel 1923 (1. bis 8. November) nunmehr auf 10 155 000 festgesetzt worden. Der Gehalts- (Bezugs-)faktor für das erste Novemberviertel gegenüber dem letzten Oktoberviertel beträgt nun 5. Von der sich ergebenden Nachzahlung ist das 50/75fache der Grundbezüge alsbald und das 1 015 500fache der Grundbezüge soweit möglich am Mittwoch, 7. November, zu leisten.

**U. C. Der Erzeugermilchpreis.** Der Erzeugermilchpreis für die Zeit vom Mittwoch, 7. November bis einschließlich Freitag, 9. Nov., beträgt für ein Liter frei Sammelstelle 10 Milliarden Mark.

**Die Verhältniszahl für den Steuerabzug.** Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberviertel in Geltung gewesenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, ist für die Zeit vom 4. bis zum 10. November 1923 statt auf 15 000 auf 20 000 festgesetzt worden. Bei der Berechnung des Steuerabzugs von dem bis zum 10. Nov. 1923 fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberviertel mit 20 000 zu vervielfachen. Der im Wege des Steuerabzugs einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle zehn Millionen Mark nach unten abzurunden.

**Auch die Reichsbahn nimmt Goldanleihe.** Alle vom Reichsfinanzminister zugelassenen wertbeständigen Zahlungsmittel werden auch an den Kassen der Reichsbahn und zwar zum Nennwert in Zahlung genommen.

**Calw, 4. Nov.** Die Zimmerarbeiten zum neuen Schulhaus wurden in der Weise vergeben, daß die Materialpreise nach Goldmark, die Löhne nach Papiermark berechnet werden. Für Holz sind 2253 Goldmark und für Löhne 1 Million 771 Milliarden vorgesehen. Offerten wurden nur von hiesigen Zimmermeistern, die gegenwärtig ohne

Arbeit sind, einverlangt. Als Stadtbaumeister wurde einstimmig der seitherige Verwalter Bauwerkmeister Schötle von Weisingen gewählt und derselbe in Besoldungsumlage 9 eingewiesen. Das Wappstein der Stadt, die Nikolauskapelle, bedarf einer durchgehenden Wiederherstellung, insbesondere handelt es sich darum, ob die Kapelle in der ursprünglichen oder in einer mehr moderneren Form wiederhergestellt werden und ob ein neues Türmchen auf das Dach gesetzt werden soll. Der Gemeinderat hat sich der Sache angenommen und bereits einen schönen Betrag gesammelt. Die Beratungsfürs für das Wappstein hat einen Plan zur Wiederherstellung der Kapelle angefertigt, der aber dem Gemeinderat nicht zugeht. Die ganze Angelegenheit wird daher auf eine spätere günstige Zeit zurückgestellt. Die Zahl der Eisenwerke nimmt noch immer zu. Es ist bemerkenswert, daß für dieselben zunächst noch keine Arbeitsgelegenheit geschaffen werden kann, da der Schulhausneubau wichtige Summen verschlingt. Wenn aber die Not noch größer wird, muß an Kostensparungen im Walde gedacht werden, denn es ist nicht angängig, eine große Zahl von jungen Bäumen unbefähigt zu lassen.

**Stuttgart, 5. Nov.** (Gedächtnisfeier für die Gefallenen.) Die vom Schwabenbund am Sonntag vormittag im Schöpsel veranstaltete Gedenkfeyer für die Gefallenen war äußerst zahlreich besucht, namentlich stark von den Vaterländischen Verbänden. Vortrater Dr. Lempp verließ der Hoffnung Ausdruck, daß das von den gefallenen Brüdern unter Hingabe des Lebens gebrachte Opfer der Liebe doch noch Frucht tragen werde. Die Reichswehr präsentierte die Woffen, als die innigen Klänge des Soldatenliedes „Ich hatt' einen Kameraden“ erklangen. Dann betrat Stadtpfarrer Reim-Gannstatt die Kanzel, der mit Worten von härtester Eindringlichkeit die Mahnung: „Rettet das Vaterland!“ in die Menge hineintrief. Vom Balkon des Schöpsels ließ der Gesangsverein „Ehrenfeld“ ein Weisfeld an das Vaterland erschallen und die Menge sang gemeinsam einen Vers des Deutschlandliedes.

Gegen das Anstreben parteipolitischer Verbände mit Rabalen bei der Feiertage hat sich Staatspräsident Dr. Hieber gegenüber einem Vertreter der Demokratie ausgesprochen. Gemeint sind damit die Nationalsozialisten mit der Hafentourfahrt.

**Erhöhung der Brotpreise.** Von Montag an kostet das 80prozentige Markenbrot 23 Milliarden Mark, ein Kilo 75prozentiges markenreines Schwarz- oder Roggenbrot 25 Milliarden, ein Kilo Weißbrot 23 Milliarden und ein Doppelkorn 3 Milliarden Mark.

**Neue Bierpreise.** Die Brauereien haben folgende Bierpreise festgelegt: 10 v. H. Lagerbier im Faß das Liter 20, im Ausschank das 0,3 Literglas mindestens 10, als Flaschenbier die 0,5 Literflasche im Einkauf 15, im Wiederverkauf über die Straße 17; Spezialbier im Faß das Liter 25, im Ausschank das 0,3 Literglas mindestens 12,5, als Flaschenbier die 0,5 Literflasche im Einkauf 22,5, im Wiederverkauf 25 Milliarden.

**Wucher- und Schleichhandelsbekämpfung.** Im Monat Oktober wurden von der Abt. Wucheramt des württ. Polizeipräsidiums Stuttgart rund 290 Anzeigen, u. a. wegen unerlaubten Handels und Preisübererei, wegen unerlaubten Verkehrs mit Milch, Nichtanbringens von Preisstafeln und wegen Nichtführens von Handelsverzeichnis an die Staatsanwaltschaft erstattet.

**Gochsen, O. A. Redarjalm, 4. Nov. (Ueberfall.)** Als der Reichstagsabgeordnete Bogt zwei für den Schützenverein Gochsen bestimmte Karabiner zum Schießen mit Kleinmunition auf der Rodertalbahn mit sich führte, wurde ihm beim Halten des Juges das Palet von etwa 30 Kanalarbeitern entziffen.

**Kohlberg, 5. Nov. (Brand.)** Das dem ledigen Bauern Andreas Geiger gehörige Wohn- und Wohnwirtschaftsgebäude ist nachts halb 1 Uhr mit samt den Vorräten niedergebrannt. Der Feuerwehrgelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und die Nachbargebäude zu schützen. Als Entstehungsursache ist zweifellos Brandstiftung anzunehmen.

## Krupp.

Kaum ein Menschenalter nach Erfindung des Puddelverfahrens machte Friedrich Krupp 1811 seine ersten Versuche zur Herstellung von Tiegelgußstahl. Der Krupp'sche Stahl wurde in der ganzen Welt berühmt, nachdem er auf der Londoner Gewerbe-Ausstellung seinen Ruf begründet hatte. Die wichtigste Erfindung der Firma Krupp aber wurde die Herstellung nahtloser Röhren für Eisenbahnzugzeuge. Die Versuche zur Waffenherstellung begannen in den 1840er Jahren; 1843 wurden die ersten Gewehrläufe, 1847 das erste Geschützrohr angefertigt. Im Deutschland der Vorkriegszeit dachte jeder, wenn er von der Firma Krupp hörte, an die Waffenschmiede des deutschen Volkes. Aber so eingewurzelt dieser Volksglaube auch war, er tröste nicht zu. Nur ein Zwanzigstel des Krupp'schen Stahls wurde zu Kriegsgewehr verarbeitet, neunzehn Zwanzigstel wurden für Erzeugnisse zu friedlichen Zwecken oder zur Ausführung verwandt. Kurz vor Kriegsausbruch beschäftigte die Firma Krupp 81 000 Angestellte und Arbeiter, davon allein in Essen 42 000. Infolge des immer mehr sich steigenden Waffen- und Granatenverbrauchs während des Krieges stellte sich Krupp fast ausnahmslos auf die Herstellung von Kriegsgewehren um; die Arbeiterschaft betrug im Sommer 1918 bereits 171 000 Angestellte und Arbeiter, von denen wiederum 115 000 in Essen wohnten.

Nach dem Zusammenbruch im November 1918, durch den Waffenstillstandsvertrag und die Versailler Friedensbedingungen sah sich das Unternehmen vor die gewaltige Aufgabe gestellt, eine völlige Umstellung des gesamten Betriebes vorzunehmen. Zunächst mußten zwei Drittel der Belegschaft entlassen werden. Aber durch eine mühselige und großzügige Umorganisation des Betriebes gelang es allmählich nicht nur den ganzen alten Stamm der hochqualifizierten Arbeiter dem Werk zu erhalten, sondern die Arbeiterschaft

wurde sogar noch vermehrt. Krupp stellte sich nun auf den Bau von Lokomotiven und Waggons, von landwirtschaftlichen und Textilmaschinen, von Röhren und Kraftwagen, von Kinoapparaten und Blatten für künstliche Gebisse. Die Hauptwerke des Krupp'schen Unternehmens sind einmal die Werke und Gruben in und um Essen, das Gruson-Werk bei Magdeburg und die Germania-Werke in Kiel.

In Erinnerung wird noch sein, daß Krupp 1923 große Landkonzessionen (25 000 Desjationen auf 36 Jahre) im Don-Revier zur Ausbeutung erwarb unter gleichzeitiger Verpflichtung der Lieferung von Landmaschinen. Nach einigen Schwierigkeiten trat der Vertrag mit der Sowjetregierung am 1. Dezember 1923 in Kraft. An dem Unternehmen ist englisches Kapital zu 75 Prozent mit beteiligt.

Während der Ruhrbesetzung wurde die Aufmerksamkeit wiederum auf die Firma Krupp gelenkt durch die Erschießung von 13 Arbeitern am Karfreitag und die am 1. Mai erfolgte Verhaftung des Leiters des Unternehmens, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach. Die Franzosen führten in Werden eine Justizkommission auf, die Berufung an Krupp's an das Kriegsgericht in Düsseldorf und an den Kassationshof in Paris wurden verworfen. Herr Krupp wanderte ins Gefängnis. Vor einiger Zeit wies man ihm als Aufenthaltsort die Wohnung des Gefängnisdirektors in Düsseldorf an; vor ganz kurzer Zeit „Beurlaubte“ man Herrn Krupp, dieser „Urlaub“ wurde vor einigen Tagen verlängert. Dr. Krupp war nämlich notwendig zur Führung der Verhandlungen mit der französischen Ingenieurkommission in Essen. Der günstige Ausgang dieser Verhandlungen hat die Firma davor bewahrt, daß sie die Belegschaft entlassen müßte, die dann der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung am besten wäre. Soweit bisher Nachrichten über den vorliegenden, es sind Privatnachrichten aus Paris in Genauerem noch nicht zu sagen. Vielmehr sprechen diese Nachrichten nur von der Regelung der Besteuerung der Kohlensteuer an die Franzosen. Krupp soll an rückständiger Kohlensteuer einen Pauschalbetrag von 15 Millionen Dollar entrichten, von denen 1,5 Millionen sofort zu zahlen sind. Der Betrag kann auch im Kohlen bezahlt werden. Gleichfalls ist nach diesen Nachrichten verabredet worden, daß Krupp auf jede Tonne Kohle 10 Francs Steuer zu entrichten hat. Die Reparationslieferung wird auf 16 bis 18 Prozent der abgesetzten Kohle begrenzt. Maximalgrenze ist die Förderung des Jahres 1921. Die Pflicht zur Lieferung von Reparationsloshen an Italien wird durch den Vertrag zwischen der Ingenieurkommission und Krupp nicht berührt. Man wird erst genauere Nachrichten abwarten müssen, ehe man zu dem Vertrag in seinen privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen Stellung nehmen kann.

## Handel und Verkehr.

1 Dollar = Berlin 418,95 G., 421,05 Br.

1 Goldmark = 100 Milliarden (100 Milliarden) Mark

Ämtliche Berliner Devisenkurse vom Montag, 5. Nov.

Holland 164,588 G., 165,412 Br.

Norwegen 63,441 G., 63,759 Br.

Belgien 20,948 G., 21,052 Br.

Dänemark 73,017 G., 73,383 Br.

Schweden 112,669 G., 112,681 Br.

Finnland 11,372 G., 11,428 Br.

Italien 18,953 G., 19,047 Br.

London 1895,250 G., 1904,750 Br.

Paris 24,339 G., 24,471 Br.

Schweiz 75,411 G., 75,789 Br.

Spanien 56,741 G., 56,741 Br.

Deutschösterreich 0,006 G. und Br.

Prag 12,469 G., 12,531 Br.

### Wirtschaftszahlen vom Montag:

Steuerabzug-Verhältniszahl vom 4.-10. Nov. 20 000

Landabgabe ab 5. Nov. 100 (76) Milliarden

Goldfrankengegenwert ab 5. Nov. 94 (29) Milliarden

Buchdrucker-Schlüsselzahl ab 3. Nov. 5 Milliarden

Buchhändler-Schlüsselzahl ab 4. Nov. 100 Milliarden

Eisenverkaufspreis ab 5. Nov. 35 Milliarden

Personenverkehr-Schlüsselzahl 4. Nov. 100 Milliarden

Güterverkehr-Schlüsselzahl ab 4. Nov. 100 Milliarden

**Die Papiergeldflut steigt.** Wie wir aus der Reichsdruckerlei erfahren, lieferte der Betrieb allein am 3. November den Betrag von drei Trillionen 692 000 Billionen Papiermark.

**Stuttgarter Börse, 5. Nov.** Die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel wirkt sich dahin aus, daß jeder Papiermarkbesitzer seine Papiermark so rasch als möglich wertbeständig macht. Auf dem Markte der Banfaktien wurden Hypothekendarlehen bei verheißentlichem Kurs rationiert. Vereinsbank sprangen von 300 auf 5000. Die Brauereien vervielfachten ihre Kurse ohne größeren Umsatz. Wulle bei verheißentlichem Kurs rat. Von den Maschinenwerten stiegen Palmier von 550 auf 4000, Maschinen Gefängen von 750 auf 10 000, Hefer von 800 auf 6000 rat., Magirus bei verheißentlichem Kurs rationiert. Metallwerte ebenfalls sehr fest. Feinmechanik Tufflingen von 6000 auf 55 000, Gebrüder Junghans von 1200 auf 8000. Textilwerte außerordentlich fest. Salzwert Heilbronn zu 80 000 gegenüber 14 000 gesucht.

Im Freiverkehr Mehinger Kartonagen 1500-2500, Bäckelager 60-150, Katheter 550-800, Stuttg. Gewerbestellen 300-500, Heilbronner Jüder 11-15 500.

U. C. Stuttgarter Landesproduktionsbörse, 5. Nov. Für je 100 Kg. wurde in Goldmark notiert: Weizen 23-24, Roggen 21-22, Gerste 18-19, Hafer 18 bis 16; Weizenmehl 36-37; Brotmehl 33-34; Kleie 6-7; Weizenheu 5-6; Kleehheu 6-7,5; Stroh 5-6.

**Berliner Produktmarkt, 5. Nov.** Weizen märk. 201 bis 211, Roggen märk. 197-201,5, Sommergerste märk. 185-189, Hafer märk. 163-166, je 1000 Kilogramm in Goldmark ab Station. Weizenmehl 30,5-32,75, Roggenmehl 29,50-30,75, Weizenkleie 8,70-8,80 matt, Roggenkleie 29,50-30,75, Siftoriaerbsen 43-52, Malskuchen 15,50-16, Trodenschnitzel 9,25.

Hans murmelt: „Soll sag ich nicht, Hochwürden, und wenn er mich gleich ins Kriminal bringen laßt. Aber ein Brandstifter bin ich mit, so wahr unser Herrgott im Himmel lebt!“

„Wird sich ja weisen!“ höhnt der Groß-Weider, aber der Vater fällt ihm begütigend ins Wort. „Laßt den Streit jetzt, Groß-Weider, ich seh Euch gut, daß der Hans nicht flieht. Laßt ihn jetzt in Gottes Namen ruhig nach Lorenzen zurück und denkt an Euer Hans. Soll gerechert werden, was noch zu retten ist, so sind wir beide jetzt dort nötiger als hier.“

Der Bauer fügt sich nur widerwillig. Aber er sieht doch ein, daß der Vater recht hat und begnügt sich, Hans noch drohend zuzusprechen: „Morgen früh mach ich die Anzeige, daß du 's weis! Nachher wird sich 's ja weisen, was du da herumzuschleichen gehabt hast!“

Hans würdigt ihn keiner Antwort. Einen Blick wirft er noch auf das merklich kleiner werdende Feuer, dann geht er stumm mit großen Schritten talabwärts.

(Fortsetzung folgt.)

**Kleine Nachrichten aus aller Welt.**  
**Landgerichtsdirektor Dr. Reigner.** Der frühere Ministerpräsident Dr. Reigner ist zum Landgerichtsdirektor beim Landgericht Dresden ernannt worden.

**Kommunistenverhaftung.** In einer Wirtschaft im Hamburger Hafen wurde am Sonntagabend eine geheime Kommunistenversammlung von der Polizei überrascht. Dabei wurden 30 kommunistische Führer festgenommen.

**Die unbrauchbare Wohnungsabgabe.** Die Stuttgarter Stadtverwaltung gibt bekannt, daß Zahlungen auf die Wohnungsabgabe nicht mehr entgegengenommen werden. (Bei der wohnsinnigen Marktwertung hat die Wohnungsabgabe tatsächlich jeden Wert verloren und sollte überall aufgehoben werden.)

**Eine deutsche Agrarkonzeption in Rußland.** Die „Deutsch-Russische Agrargesellschaft“ hat, was der Zweck ihrer Gründung gewesen ist, mit der „Wolga-Deutschen Bank für landwirtschaftlichen Kredit“ einen Konzeptionsvertrag über den landwirtschaftlichen Aufbau von 24.000 Desjatinen im Gebiet der Wolgadeutschen abgeschlossen. Der Vertrag ist nun vom Rat der Volkskommissare bestätigt worden.

**Heiteres.**

**Der kleine Jurist.** „Vater, in der Zeitung steht, daß eine Frau ihrem Nachbar Eßig entwendet und Saft daraus gepreßt hat. Das ist Diebstahl und Gefährdung, nicht wahr?“ („Regendorfer Blätter“)

**Wohnungsnot.** Bewerber (dem soeben die Hand der Tochter zugesagt wurde): „Kann ich gleich hier bleiben?“ („Regendorfer Blätter“)

**Spiel und Sport.**

**Fußball.** Unter großer Begeisterung einer zahlreichen Zuschauermenge ging in Hamburg der Fußball-Länderspiel Deutschland-Norwegen vor sich. Nach durchweg besserem Spiel blieben die Deutschen wenn auch knapp mit 1:0 vielbesuchter Sieger.

**Die Bezirksligaspiele** nahmen mit folgenden Begegnungen ihren Fortgang und beschloßen gleichzeitig auch die Spiele der Vorrunde: Sportklub - Pforzheim 2:3; Feuerbach - Heilbronn 1:3; Mühlburg gegen Aders 3:2; Freiburg - Phönix 2:0.

**Die Kreisligaspiele** spielte: Tübingen gegen Aussenhausen 2:0; Prag - Sportfreunde 0:6; Ehlingen - Eintracht 1:5; S. B. - Südd. F. C. 1:2; Göttingen - Cannstatt 1:1; Tbd. Heilbronn - Union Bödingen 1:4; Bruchsal - S. f. R. Pforzheim 3:1; Birkenfeld - F. B. 1860 Pforzheim 4:0; Durlach gegen Gaggenau 3:1; Beierheim - Rastatt 0:1; Ronhans - Spielbg. Freiburg 4:1.

**Die Spielg.** Fürth wurde in Prag von Slavia mit 4:2 geschlagen.

**Das Länderspiel** Deutschland - Schweiz, das in Stuttgart stattfinden sollte, wird nach einer anderen Stadt verlegt.

**Öffentlicher Sprechsaal.**

(Für Einwendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die presserechtliche Verantwortung.)

**Eingekandt.**

Warum ist der Gemeindevorsteher von Ueberberg aufregt, kann ich nicht verstehen. Es ist doch Tatsache, daß den Holzkaufern ein Preisnachschuß gewährt wurde, insofern als der Goldmarkkupon damals auf 15 Milliarden stand, nicht auf 12. Und daß ziemlich Holzkaufers im Gemeinderat sind, die sich schon öfters am Gemeindevorsteher bereichert haben, weil sie es erst bezahlten, nachdem sie die Schnittwaren schon längst abgesetzt hatten, wird mir auch niemand wegstreiten wollen. Was das Holz jetzt kostet, geht uns nichts an und das haben Käufer und Verkäufer vorher gewußt. Was nach Goldmark gekauft ist, muß auch so bezahlt werden. Was die Böhmens anbelangt, so habe ich doch nicht gesagt, daß die Arbeiter nicht so bezahlt würden, wie in anderen Gemeinden! Wenn das zutrifft, was Herr Kappeler sagt, dann ist eben Tatsache, daß sie in anderen Gemeinden auch nicht des Zeit entsprechend bezahlt werden. Oder müssen die Arbeiter Ueberbergs ins Wasser springen, wenn die von anderen Gemeinden hincingehen? **Einer für Viele.**

**Letzte Nachrichten.**

**Der Reichskanzler und die Lage.**

**WTB. Berlin, 5. Nov.** An der heute Nachmittag im Reichstag abgehaltenen Fraktionsführung der Deutschen Volkspartei nahm auch der Reichskanzler teil. In seinen eingehenden Darlegungen über die politische Lage wies der Reichskanzler, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, auch besonders auf den Aufruf der Reichsregierung an die Bevölkerung hin. In Bezug auf die von einzelnen Parteien im Anschluß daran beabsichtigten Aufrufe soll sich der Reichskanzler dagegen erklärt haben, daß freiwillige Hilfskräfte zum Schutze der Republik aufgerufen werden, da die Reichsregierung sich auf die Reichswehr vollkommen verlassen könne und diese allein Herr etwaiger Unruhen werden würde. — Die Fraktion beschäftigte sich ferner mit der Währungsfrage und setzte einen kleinen Ausschuß, der sofort nach der Fraktionsführung zusammentrat, ein, um über diese Angelegenheit zu beraten.

**Forderung nach einer nationalen Diktatur.**

**WTB. Berlin, 5. Nov.** Der am 4. November in Magdeburg zusammengetretene Bundesvorstand des Stahlhelmbundes der Frontsoldaten fordert namens von Millionen ehemaliger Soldaten den Reichskanzler in einem Telegramm auf, umgehend eine nationale Diktatur zu schaffen, die nicht durch Parlament, Parteien und Interessentenverbände behindert sei. **Was dünne zum Handel. Millionen hungrig.**

ten, Tausende schlemmten, während Lumpenteile des deutschen Volkes abhingen. Nur die sofortige Errichtung einer nationalen Diktatur vermöge Deutschland zu retten.

**Der Berliner Kurs des Mark.**

**WTB. Berlin, 6. Nov.** Der Reichspräsident hat am 5. Nov. auf Grund des Art. 48 der Verfassung des Deutschen Reiches folgende Verordnung erlassen: § 1. Bei vorübergehenden Verpflichtungen, die nach einem außerordentlichen Kurs der Mark bemessen sind, kann die Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verordnung verweigert werden, sofern der Forderungsberechtigte die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner Markes der Mark ablehnt. — Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

**Der Rand wird fortgesetzt.**

**WTB. Berlin, 5. Nov.** Auf der Reichsbank in Düsseldorf wurden am 31. Oktober von der französischen Besatzungsbehörde 700 Millionen Mark fortgenommen. Am gleichen Tage wurde durch die französische Zollbehörde in Brüssel ein von Elberfeld nach Beldert gehender Geldtransport mit 540 Millionen Staatsnoten und 17010 Mark Goldmarken geraubt.

**Krawalle in Berlin.**

**WTB. Berlin, 5. Nov.** An verschiedenen Stellen Berlins hat sich heute Vormittag die Erregung der Bevölkerung über die enorme Preissteigerung in Krawallen Luft gemacht. Zu Plünderungen von Bäckereiläden kam es fast in allen Stadtteilen. Besonders ernste Ausschreitungen ereigneten sich um die Mittagszeit im ehemaligen Schönenviertel, wo jugendliche Schwärme zunächst vor dem Arbeitnachweis demonstrierten und dann systematisch angingen, die in der Münz- und Grenadierstraße befindlichen jüdischen Geschäfte zu plündern. Auch wurden jüdische Straßenpassanten von der Menge angegriffen und ausgeraubt.

Im Laufe des Tages kam es zu weiteren zahlreichen Zusammenrottungen und Plünderungen, vor allem von Bäckereien, Schlächtereien und anderen Lebensmittelgeschäften. Auch mehrere Tabakgeschäfte wurden ausgeraubt. Die Unruhen und Zusammenrottungen dauern noch an.

Druck und Verlag der B. Nieker'schen Buchdruckerei Altensteig.  
 Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Lauf.

**Sie müssen**

heute eine Zeitung lesen, wollen Sie sich nicht selbst aufgeben und großen Schaden leiden. Bestellen Sie deshalb sofort unsere Zeitung für den Monat November.  
 Die Bezahlung bei der Post gilt als Anzahlung.

Die am 1. November fällig gewesen

**Landabgabe**

wird bis Donnerstag, den 8. November zum Goldumrechnungsfuß vom 1. November (17 Milliarden) angenommen.

Altensteig, den 6. November 1923.

Finanzamt: Huberich, Reg.-Rat.

**Das Organisationssteuerbuch**

ist für jeden Steuerpflichtigen eine vorzügliche Grundlage.

**Für Landwirte und Gewerbetreibende besondere Ausgaben!**

Einzusehen und zu beziehen durch die **B. Nieker'sche Buchhandlg., Altensteig.**

Statt Karten.

**RUDOLF KAPP, Kaufmann**  
 mit Frau **CHRISTINE KAPP, geb. Steeb**

Vermählte

Nagold Egenhausen

3. November 1923.

**Druckarbeiten**

für Behörden, Geschäfte u. Privats liefert schnell und preiswert die **W. Nieker'sche Buchdr.**

**Oberweiler.**

Einen Bursch schön, verschüttene

**Milchschweine**

verkauft am **Mittwoch, den 7. ds. Mts.**

**Adam Großhans**  
 Peters Sohn.



Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

**Familientalender für 1924**  
 sind zu haben in der **B. Nieker'schen Buchhandlung, Altensteig.**



**KOSMOS**

Gesellschaft der Naturfreunde bietet für jedermann einen

**billigen und guten**

Lesestoff **Belehrend — Unterhaltend**

Jedes Mitglied erhält jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und vier gute BÜcher erster Schriftsteller, außerdem

**Preisvergünstigungen** beim Bezug aller Kosmos-Veröffentlichungen

Anmeldung durch jede Buchhandlung oder bei der Geschäftsstelle des Kosmos, Stuttgart. Prospekt kostenlos

**Wollen Sie tauschen?**

Dann inserieren Sie am zweckmäßigsten in unserer Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“, die durch ihre weite Verbreitung die Gewähr dafür bietet, daß Ihr Angebot überall bekannt und beachtet wird. Ein Inserat ist der beste, schnellste und billigste Vermittler aller derartigen Angebote!

**Gefangbücher**

empfiehlt die **B. Nieker'sche Buch.** Altensteig.

**Schwein**

tauscht gegen Getreide, was? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

